



**N i e d e r s c h r i f t**

**52. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses als Polizeibeirat  
gem. § 8 Abs. 1 Polizeiorganisationsgesetz (POG)**

---

Sitzungstermin: Dienstag, 09.05.2017  
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr  
Sitzungsende: 20:45 Uhr  
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

---

Anwesende:

Herr Henning Wulf  
Frau Doris Grote  
Frau Edda Lessing  
Herr Kurt Barkowsky  
Herr Jörg Buthmann  
Herr Claus Peter Dieck  
Herr Martin Ahrens  
Herr Gerd-Rainer Busch  
Frau Rita Marcussen  
Frau Maren Berger  
Herr Arne Hansen  
Herr Wolfgang Schnabel  
Herr Toni Köppen  
Herr Heinz-Michael Kittler  
Herr Klaus Stuber Kreissenorenbeirat  
Frau Annette Glage  
Herr Winfried Zylka Kreispräsident  
Herr Jan Lewering Leiter Führungsstab der Polizeidirektion  
Herr Ingo Minnerop Leiter Kriminalinspektion Bad Segeberg  
Herr Jan Peter Schröder Landrat  
Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz  
Frau Tiedt FBL Zentrale Steuerung  
Herr Krüger FDL Verkehrsordnung, Ahndung von Verkehrs-  
owi, Fahrschulen/Fahrerlaubnisse  
Frau McGregor FDL Finanzen  
Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung

Vertretung: für Herrn Peter Säker  
  
Vertretung: für Herrn Dr. Kraus ab  
18.00 Uhr  
  
Vertretung: für Frau Anke Pawlik  
bis 19.00 Uhr  
bis 18.10 Uhr  
bis 18.10 Uhr  
ab 18.10 Uhr  
ab 18.10 Uhr

Herr Stelling FDL IUK	
Frau Dockwarder Finanzen	von 18.10 Uhr - 20.00 Uhr
Herr Giesecke Grundsatz- und Koordinierungsangelegenheiten Soziales und Asyl	
Frau Harder Personal und Organisation	
Herr Hartung Finanzen	von 18.10 Uhr - 20.30 Uhr
Frau Hilleke Finanzen	von 18.10 Uhr - 20.20 Uhr
Frau Konow Auszubildende	bis 19.04 Uhr
Frau Müller Büro des Landrates	
Frau Rathje Auszubildende	bis 19.04 Uhr
Frau Müller Protokollführerin	
Frau Steltzer-Werblow Protokollführerin	

Abwesende:

Herr Peter Säker	-
Herr Dr. Eberhard Krauß	-
Frau Anke Pawlik Kreissenorenbeirat	-

**Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

- 1 Situation und Lage der Polizei im Kreis Segeberg
- 2 Einwohnerfragestunde I
- 3 Formalien
  - 3.1 Genehmigung der Tagesordnung
  - 3.2 Informationen des Landrates
  - 3.3 Vorstellung des neuen Logos der Kreisverwaltung Segeberg
- 4 Beratung und/oder Beschlussfassung
  - 4.1 E-Government-Strategie der Kreisverwaltung Segeberg  
Vorlage: DrS/2017/077
  - 4.2 Ausschreibungsverfahren zur Erstellung eines schlüssigen Konzeptes zur Ermittlung von Angemessenheitsgrenzen nach § 22 SGB II bzw. § 35 SGB XII  
Vorlage: DrS/2017/073
  - 4.3 Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren  
Vorlage: DrS/2017/075

- 5 Berichte/Informationen
  - 5.1 Präsentation zur Einführung Risikobericht und internes Kontrollsystem (IKS)
  - 5.2 Schlüsselkennzahlenbericht I/2017  
Vorlage: DrS/2017/076
  - 5.3 Beteiligungscontrolling  
Vorlage: DrS/2016/276-1
  - 5.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten
- 6 Verschiedenes
  - 6.1 Anfragen
  - 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 7 Einwohnerfragestunde II

*Der folgende Tagesordnungspunkt wird nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Ausschuss voraussichtlich nicht öffentlich behandelt.*

- 8 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement

#### **Protokoll:**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

**(öffentlich)**

#### **zu 1 Situation und Lage der Polizei im Kreis Segeberg**

Herr Lewering und Herr Minnerop stellen die beigegefügte Präsentation vor. Herr Minnerop ergänzt, dass die Zahl der Fahrraddiebstähle um 10 % und die Zahl der Wohnungseinbrüche um 6 % gesunken seien. Aber der Norden des Landes werde mittlerweile von den Tätergruppen nicht mehr verschont. Norderstedt sei immer noch erheblich betroffen. Durch eine Gesetzesänderung sei es möglich, Einbruch auch mit einer Untersuchungshaft zu ahnden. Auf Nachfrage von Frau Marcussen erläutert er, dass die Altersspanne der Täter sehr groß sei. Diese brächen ins Erdgeschoss ebenso ein wie in eine Wohnung im Obergeschoss.

Auf Nachfrage von Herrn Zylka erklärt Herr Minnerop, dass Flüchtlinge, die ohne ein vorheriges Gespräch mit den Behörden nach Deutschland einreisen, bis zur Registratur illegal seien. Wenn man diese Fälle mit einbeziehe, habe sich die Zahl der Straftaten erheblich erhöht. Allerdings sei es den Flüchtlingen vorher nicht möglich, Kontakt zu den Behörden aufzunehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Ahrens informiert Herr Minnerop, dass die Zahl der Körperverletzungen ansteige. Die Tätergruppen seien eher Jugendliche. Um diesem Trend entgegenzuwirken, gebe es ein Netzwerk, um Jugendliche auf den richtigen Weg zu bringen.

Bei Straftätern über 60 Jahren gebe es keinen Schwerpunkt.

Weiter berichtet er auf die Nachfrage von Frau Lessing, dass das Rocker-Milieu unter Beobach-

tung stehe, es können jedoch keine Straftaten werden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erläutert Herr Minnerop, dass es vereinzelt zu Drogentoten käme, bei denen der langjährige Konsum zum Tod führe. Insgesamt habe der Drogenkonsum zugenommen, wobei belegt sei, dass Marihuana vielfach die Einstiegsdroge sei.

Außerdem erklärt er auf Nachfrage von Herrn Köppen, dass prozentual gesehen die Zahl der straffälligen Flüchtlingen höher sei, als die der straffälligen Deutsche. Vielfach sei der Grund dafür, die andere Kultur und die anderen Ansichten. Zurzeit stagniere die Tatverdächtigenzahl allerdings.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Lewering, dass viele Senioren ein E-Bike besäßen und es vermehrt zu Unfällen käme. Der Vorsitzende regt die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat eine Aufklärungskampagne an.

Weiter berichtet er, dass der Führerschein ab 17 statistisch gesehen positiv sei. Junge Erwachsene verursachen dadurch überwiegend leichte anstatt von schweren Unfällen.

Er schätzt, dass eine Ausweitung auf ein begleitetes Fahren mit 16 ebenso positive Auswirkungen haben könne.

Herr Lewering informiert auf Nachfrage von Herrn Zylka, dass die Polizei die derzeitigen Motorradstrecken durch Geschwindigkeitsbegrenzungen gut im Griff habe. Die Kontrollen seien sehr personalintensiv, so dass sie nur begrenzt durchgeführt werden können.

Weiter erläutert er auf Nachfrage des Vorsitzenden, dass zu den sog. Tuningtreffen auch Polizeitreffen stattfänden, damit eine vorab Kontrolle erfolgen könne. Dadurch habe seien die illegalen Autorennen im Kreis Segeberg gut im Griff. Die Zusammenarbeit zur Verkehrsüberwachung sei zufriedenstellend. Damit das Personal anderweitig eingesetzt werden könne, bestehe der Wunsch, dass die Verkehrsüberwachung in nächster Zeit wieder voll umfänglich von den Kommunen übernommen werde.

Außerdem erläutert Herr Lewering, dass häusliche Gewalt eher von Personen im mittleren bis älteren Altersklasse begangen werde. Vereinzelt seien auch männliche Opfer registriert. Er schätzt, dass die Dunkelziffer hoch sei. Bei häuslicher Gewalt seien bei 80- 90% der Fälle Alkohol oder Drogen im Spiel.

Der Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses für die sehr gute Arbeit der Polizei.

### **Pause: 18:00 - 18:23 Uhr**

## **zu 2 Einwohnerfragestunde I**

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

## **zu 3 Formalien**

### **zu 3.1 Genehmigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende schlägt vor, TOP 8 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement nach TOP 3.2 Informationen des Landrates zu beraten. Der Ausschuss erklärt sich mit der Änderung einverstanden.

### **zu 3.2 Informationen des Landrates**

Der Landrat stellt Frau Steltzer-Werblow und Frau Müller vor, die ab seit dem 02.05.2017 ihre Tätigkeiten im Büro des Landrats aufgenommen haben. Frau Steltzer-Werblow unterstützt das Kreistagsbüro und Frau Müller ist die neue Pressesprecherin.

Anschließend stellen die beiden Damen sich persönlich vor.

Außerdem gibt der Landrat die aktuellen Flüchtlingszahlen, den Schuldenstand und den Zeitplan zur Haushaltsaufstellung zu Protokoll.

## **zu 8 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises/Arbeitskreis Beteiligungsmanagement**

Der Landrat gibt den Bericht aus den Beteiligungen zu Protokoll.

### **zu 3.3 Vorstellung des neuen Logos der Kreisverwaltung Segeberg**

Der Landrat merkt an, dass das Logo durch eine Arbeitsgruppe von Mitarbeitern der Kreisverwaltung erarbeitet wurde, an der vor allem auch die Auszubildenden und Anwärter beteiligt worden seien.

Anschließend stellen die beiden Auszubildenden Frau Konow und Frau Rathje die beigefügte Präsentation vor.

Herr Barkowsky, Frau Lessing, Herr Zylka und Herr Schnabel sprechen ihren Dank für die Erarbeitung des Logos und die Präsentation aus. Einheitlich weisen sie darauf hin, dass die Entscheidung von der Verwaltung zu treffen sei.

Der Landrat ergänzt, dass der Schutz des Logos durch den Kreis beantragt werde.

## **zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung**

### **zu 4.1 E-Government-Strategie der Kreisverwaltung Segeberg Vorlage: DrS/2017/077**

Frau Harder stellt die beigefügte Präsentation vor.

Frau Tiedt erklärt auf Nachfrage von Herrn Ahrens, dass der Datenschutzbeauftragte am Gesamtverfahren beteiligt werde. Auch bestehe die Überlegung, einen Datensicherheitsbeauftragten zu installieren.

Der Landrat erläutert auf Nachfrage von Frau Berger und Frau Grote, dass das Konzept vorerst für die Kreisverwaltung Segeberg erstellt worden sei. Die Kommunen müssten ihren eigenen Weg im Rahmen der Selbstverwaltung in die digitale Arbeitswelt finden, allerdings gebe es Hinweise und Anregungen des Landes und von Dataport. Gerne werde sich der Kreis Best-Practice Beispielen anschließen.

Frau Tiedt ergänzt, dass Dataport einige Basis-Dienste zum Teil selber entwickelt habe und zur Verfügung stelle.

Der Landrat erklärt auf Nachfrage von Frau Marcussen, vorerst ein erster Zeitplan vorgestellt wurde. Er betont, dass die Umstellung neben der ohnehin schon vorhandenen Arbeit geleistet werden müsse. Er werde die Politik bei der Ausrichtung in Form von Berichten beteiligen, wo seitens der Politik eine Nachsteuerung möglich sein werde.

Frau Lessing hält den Zeitplan für sehr ehrgeizig und schlägt vor den Beschluss dahingehend zu ändern, dass die Vorlage des Abschlussberichtes 2022 ein Ziel sei.

Herr Dieck regt an, einen Gesamtplan über die benötigten Finanzen und das benötigte Personal vorzulegen. Weiter bittet er darauf zu achten, dass durch die neuen Prozesse keine doppelte Arbeit für das IKS entstehe.

Der Landrat erläutert auf Nachfrage von Frau Grote, dass dem Bürger durch die Digitalisierung nur ein weiterer Anlaufpunkt zur Verfügung gestellt werde. Ziel sei es dem Bürger zur Hilfe zu kommen, egal welchen Weg er wählt, um an die Verwaltung heranzutreten.

Auf Nachfrage von Herrn Ahrens erklärt er, dass perspektivisch eher mehr als weniger Verwaltungsaufgaben anfallen würden.

Frau Berger regt an, die Umsetzung der E-Government-Strategie seitens der Politik nicht zu kleinteilig zu überwachen, da sonst eine Abbremsung erfolgen könne.

Anschließend stellt der Vorsitzende den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss nimmt die anliegende Strategie des Kreises Segeberg zum E-Government zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Inhalte der Strategie umzusetzen und über den Verlauf der Umsetzung zu berichten. Des Weiteren hat die Verwaltung die Strategie ggf. regelmäßig den

aktuellen Geschehnissen anzupassen und informiert den Hauptausschuss hierüber. Ziel ist es zu Beginn des Jahres 2022 einen Abschlussbericht zu der Umsetzung der Strategie vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 4.2 Ausschreibungsverfahren zur Erstellung eines schlüssigen Konzeptes zur Ermittlung von Angemessenheitsgrenzen nach § 22 SGB II bzw. § 35 SGB XII  
Vorlage: DrS/2017/073**

Auf Nachfrage von Herrn Dieck erläutert Herr Giesecke, dass der Gesetzgeber zum 01.07.2016 die Möglichkeit geschaffen hat, eine „Gesamtangemessenheitsgrenze“ (Nettokaltmiete und Betriebskosten plus Heizungskosten) zu bilden. Dabei ist es erforderlich, dass für alle drei Bestandteile entsprechende Daten ermittelt werden. Hinsichtlich der Festlegung angemessener Heizkosten gibt es weder gesetzliche noch von der Rechtsprechung entwickelte Vorgaben. Im Rahmen der Preisermittlung erhielt die Kreisverwaltung von mehreren potentiellen Bietern die Aussage, dass sie aufgrund der rechtlichen Unsicherheit keine Gesamtangemessenheitsgrenze ermitteln würden. Damit aber überhaupt Angebote für ein schlüssiges Konzept eingereicht werden können, wurden im Rahmen der Ausschreibung 2 Lose gebildet. Eines berücksichtigte auch Heizkosten, das andere nicht. Bei der Angebotsüberprüfung konnte dann zwar festgestellt werden, dass doch Angebote für die Ermittlung einer Gesamtangemessenheitsgrenze eingereicht wurden, diese aber nicht rechtssicher und teilweise sogar rechtswidrig gewesen sind. Deshalb solle der Sozialausschuss beschließen, die Ausschreibung für das erste Los aufzuheben und für das zweite Los „exklusive Heizkosten“ zu dem in der Vorlage genannten Preis den Zuschlag zu erteilen.

Herr Rüge erklärt, dass das RPA nicht beteiligt werden müsse, da der Wert der Ausschreibung unter 25.000 € liege.

**Beschlussvorschlag:**

Unter der Maßgabe, dass die Auftragssumme 20.000 € (netto) nicht übersteigt, wird der Sozialausschuss ermächtigt, abschließend über die Zuschlagserteilung im Ausschreibungsverfahren „Erstellung eines schlüssigen Konzeptes zur Ermittlung von Angemessenheitsgrenzen nach § 22 SGB II bzw. § 35 SGB XII“ zu entscheiden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 4.3 Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren  
Vorlage: DrS/2017/075**

Der Landrat ergänzt, dass die Präambel zur Beschlussfassung des Kreistages an die neueste Gesetzgebung angepasst werden müsse.

Frau Dockwarder erläutert auf Nachfrage von Frau Lessing, dass der Betrag für die Arbeitszeit nach der individuellen Arbeitszeit des jeweiligen Mitarbeiter berechnet werde. Der festgelegte Betrag sei anhand einer durchschnittlichen Arbeitszeit berechnet worden.

Auf Nachfrage von Herrn Dieck und Frau Marcussen, dass die Gebühr für Kopien dadurch so gestiegen sei, da der Zeitansatz, die Bearbeitung und die Ausstellung einer Quittung miteinbezogen werden müssten.

Der Landrat ergänzt, dass die Zahlen seit Jahrzehnten nicht angepasst worden seien und nun eine Ermittlung der Beträge erfolgt sei.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Neufassung der Satzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren einschließlich der Gebührentabelle gemäß Anlagen 1 und 2 mit folgender Änderung. Die Präamel wird an die aktuellen Gesetzesänderungen angepasst.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

## **zu 5 Berichte/Informationen**

### **zu 5.1 Präsentation zur Einführung Risikobericht und internes Kontrollsystem (IKS)**

Frau Hilleke stellt die beigefügte Präsentation vor.

Frau McGregor ergänzt, dass gerne Verbesserungsvorschläge integriert werden würden. Das IKS müsse sich über einen längeren Zeitraum weiterentwickeln. Es werde laufend im Hauptausschuss berichtet.

### **zu 5.2 Schlüsselkennzahlenbericht I/2017**

**Vorlage: DrS/2017/076**

Der Vorsitzende hinterfragt die Aussagekraft des Berichtes.

Daraufhin entgegnet Herr Dieck, ob jede einzelne Zahl hilfreich sei, sei fraglich, aber es sei ein gutes Gerüst.

Herr Hartung erläutert, dass die offenen Forderungen in Höhe von 2,4 Mio. eine Stichtagsbetrachtung seien und aus dem Grund die Toleranz sehr hoch sei.

Frau McGregor erläutert auf Nachfrage von Herrn Dieck, dass nicht nur der Betrag, sondern auch andere Kriterien für die Einstufung in einen erhöhten Risikobereich notwendig seien.

Frau Lessing erklärt, dass sie den Schlüsselkennzahlenbericht sinnvoll findet, da der Handlungsbedarf mit einem Blick erkennbar sei.

### **zu 5.3 Beteiligungscontrolling**

**Vorlage: DrS/2016/276-1**

Herr Dieck regt an, die Kennzahlen für das BBZ in Relation zu den Anzahlen der Schüler oder Klassen zu setzen.

Auf Nachfrage von Herrn Ahrens erklärt der Landrat, dass die Fachausschüsse beteiligt werden. Außerdem sollten auch Kennzahlen dargestellt werden, bei denen der Kreis keine unmittelbare Einflussmöglichkeit habe, da dadurch bestimmte Entwicklungen im Kreis erkennbar würden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Jahresabschlüsse der Gesellschaften, welche im Beteiligungsbericht vorkommen, dem Hauptausschuss vorzulegen seien.

Herr Rüge berichtet, dass der Jahresabschluss vom BBZ Norderstedt und vom VHH vorliege und zurzeit geprüft werde. Der Landrat ergänzt, dass der Jahresabschluss der WKS vom Aufsichtsrat beschlossen werden müsse. Herr Dieck ergänzt zu dem, dass der Jahresabschluss des VJKA zurzeit in der Abstimmung sei.

### **zu 5.4 Berichte/Informationen des Kreispräsidenten**

Der Kreispräsident hat keine Berichte und Informationen.

## **zu 6      Verschiedenes**

### **zu 6.1     Anfragen**

Herr Schröder erläutert auf Nachfrage zur Geflügelpest, dass Strukdorf zurzeit noch Sperrbezirk sei. Voraussichtlich sollen Ende Mai alle Vorkehrungen zur Geflügelpest beendet werden. Der Landrat erklärt auf Nachfrage von Herrn Hansen, dass er mit Frau Boldt besprechen werde, ob es Gestaltungsmöglichkeiten bei der Briefwahlbezirke gebe, um die Stimme der Briefwahl auch der einzelnen Gemeinde zuordnen zu können.

### **zu 6.2     Anregungen für die nächste Sitzung**

Herr Dieck regt an, die Verwaltungsthemen zwischen verschiedenen Sitzungsterminen zu splitten, damit nicht zu viele Berichte auf einmal vorgestellt werden.

Frau Lessing entgegnet, dass sie die Zentrierung der Berichte gut findet, da so in den anderen Sitzungen Zeit für die Diskussion von politischen Themen sei.

## **zu 7      Einwohnerfragestunde II**

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Henning Wulf  
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Müller  
(Protokollführung)